

PRÜFUNGSORDNUNG
für den Masterstudiengang
Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft
an der Universität Duisburg-Essen

vom 24. November 2020

(Verkündungsanzeiger Jg. 18, 2020 S. 899 / Nr. 113)

zuletzt geändert durch erste Änderungsordnung vom 10. März 2021
(Verkündungsanzeiger Jg. 19, 2021 S. 293 / Nr. 43)

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 16.09.2014 (GV.NRW S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.09.2020 (GV.NRW. S. 890) hat die Universität Duisburg-Essen folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsübersicht:

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung, Modulhandbücher
- § 2 Zugangsvoraussetzungen, Einschreibungshindernis
- § 3 Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung
- § 4 Mastergrad
- § 5 Regelstudienzeit, Modularisierung, ECTS-Leistungspunktesystem
- § 6 Lehr-/Lernformen
- § 7 Zulassungsbeschränkungen für einzelne Lehrveranstaltungen
- § 8 Studienumfang
- § 9 Prüfungsausschuss
- § 10 Anerkennung von Leistungen, Einstufung in höhere Fachsemester
- § 11 Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

II. Masterprüfung

- § 12 Zulassung zur Teilnahme an Prüfungen
- § 13 Struktur der Prüfung, Form der Modul- und Modulteilprüfungen
- § 14 Fristen zur Anmeldung und Abmeldung für Prüfungen, Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse
- § 15 Mündliche Prüfungen
- § 16 Klausurarbeiten
- § 17 Weitere Prüfungsformen
- § 18 Masterarbeit
- § 19 Wiederholung von Prüfungen

- § 20 Freiversuch (entfällt)
- § 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 22 Nachteilsausgleich, Studierende in besonderen Situationen
- § 23 Bestehen und Nichtbestehen der Masterprüfung
- § 24 Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Prüfungsnoten
- § 25 Modulnoten
- § 26 Bildung der Gesamtnote
- § 27 Zusatzprüfungen
- § 28 Zeugnis und Diploma Supplement
- § 29 Masterurkunde

III. Schlussbestimmungen

- § 30 Ungültigkeit der Masterprüfung, Aberkennung des Mastergrades
- § 31 Einsicht in die Prüfungsarbeiten
- § 32 Führung der Prüfungsakten, Aufbewahrungsfristen
- § 33 Geltungsbereich, Übergangsbestimmungen
- § 34 In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

Anlage 1.1: Studienplan Vertiefungsrichtung Informatik

Anlage 1.2: Studienverlaufsplan Vertiefungsrichtung Informatik

Anlage 2.2: Studienplan Vertiefungsrichtung Psychologie

Anlage 2.2: Studienverlaufsplan Vertiefungsrichtung Psychologie

Anlage 3.1: Studienplan Vertiefungsrichtung Social Media und Professionelle Kommunikation

Anlage 3.2: Studienverlaufsplan Vertiefungsrichtung Social Media und Professionelle Kommunikation

Anlage 4: Wahlpflichtbereich Grundlagen und Vertiefung der Informatik

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung, Modulhandbücher

(1) Diese Masterprüfungsordnung regelt den Zugang, den Studienverlauf und den Abschluss des Studiums für den Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ an der Universität Duisburg-Essen.

(2) Die Prüfungsordnung wird durch ein Modulhandbuch ergänzt. Das Modulhandbuch muss mindestens die in der Prüfungsordnung als erforderlich ausgewiesenen Angaben enthalten. Darüber hinaus enthält das Modulhandbuch detaillierte Beschreibungen der Lehrinhalte, der zu erwerbenden Kompetenzen, der vorgeschriebenen Prüfungen, der Vermittlungsformen, des zeitlichen Umfangs (in Credits wie in SWS) sowie der Aufteilung auf Pflicht- und Wahlpflichtanteile. Das Modulhandbuch ist bei Bedarf und unter Berücksichtigung der Vorgaben der Prüfungsordnungen an diese anzupassen. Es wird von der Fakultät in elektronischer Form veröffentlicht.

§ 2

Zugangsvoraussetzungen, Einschreibungshindernis

(1) Voraussetzung für den Zugang zum Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ ist der erfolgreiche Abschluss

- des Bachelorstudiengangs „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ an der Universität Duisburg-Essen,
- eines gemäß § 63a Abs. 1 HG gleichwertigen Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule, oder
- eines mindestens dreijährigen Studiengangs mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss und einem Gesamtworkload von mindestens 180 Credits einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule von denen mindestens 100 Credits im Bereich der Psychologie oder Informatik erbracht sein müssen.

Die Feststellung der Zugangsvoraussetzungen trifft der Prüfungsausschuss. Falls die Qualifikation gemäß Satz 1 nicht gegeben ist, kann der Prüfungsausschuss die Zulassung mit der Auflage verbinden, bestimmte Kompetenzen bis zur Anmeldung der Masterarbeit nachzuweisen. Der Umfang der Auflagen kann bis zu 30 ECTS-Credits betragen. § 5 Abs. 1 bleibt hiervon unberührt.

(2) Die Gesamtnote des Abschlusses nach Absatz 1 muss mindestens 2,5 oder besser sein.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 kann der Zugang zu einem Masterstudiengang gemäß § 49 Abs. 6 S. 4 HG eröffnet werden, wenn der Prüfungsausschuss die Eignung insbesondere anhand einer nach den bisherigen Prüfungsleistungen ermittelten Durchschnittsnote feststellt und die Bewerberin oder der Bewerber das Fehlen der Zugangsvoraussetzungen nicht zu vertreten hat. Die Einschreibung erlischt, wenn der Nachweis über die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Einschreibung eingereicht wird.

(4) Studienbewerberinnen oder Studienbewerber, die ihre Studienqualifikation nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, sollen vor Beginn des Studiums hinreichende deutsche Sprachkenntnisse gemäß der Ordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber (DSH-Ordnung) nachweisen.

(5) Die Studierenden legen bei der Einschreibung eine Vertiefungsrichtung im Sinn des § 8 Abs. 2 Buchstabe b fest. Die Studierenden haben die Auswahl zwischen drei Vertiefungsrichtungen: Informatik, Psychologie und Social Media und Professionelle Kommunikation. Ein einmaliger Wechsel der Vertiefungsrichtung ist durch Antrag beim Prüfungsausschuss möglich. § 23 Abs. 2 bleibt unberührt.

(6) Das Masterstudium kann im ersten oder in einem höheren Fachsemester sowohl zum Winter- als auch zum Sommersemester aufgenommen werden.

(7) Hat eine Bewerberin oder ein Bewerber eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung in einem Studiengang, der eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist, an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden, ist eine Zulassung für diesen Studiengang nach § 50 HG ausgeschlossen. Über die erhebliche inhaltliche Nähe des Studienganges entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 3

Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung

(1) Der Masterstudiengang führt aufbauend auf einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss zu einem weiteren berufsqualifizierenden akademischen Abschluss. Der Masterstudiengang dient der forschungsorientierten fachlichen und wissenschaftlichen Spezialisierung. Er befähigt grundsätzlich zur Promotion.

(2) Mit den erfolgreich abgeschlossenen Prüfungen und der erfolgreich abgeschlossenen Masterarbeit weisen die Studierenden nach, dass sie entsprechend dem Deutschen Qualifikationsrahmen für Hochschulabschlüsse unter Berücksichtigung der Veränderungen und Anforderungen in der Berufswelt die erforderlichen fachlichen und überfachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden besitzen, die sie zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten, zur kritischen Reflexion wissenschaftlicher Erkenntnisse und zu verantwortlichem Handeln befähigen. Die Absolventinnen und Absolventen

- sind in der Lage, Besonderheiten, Grenzen, Terminologien und Lehrmeinungen ihres Lerngebiets zu definieren und zu interpretieren,
- verfügen über ein breites, detailliertes und kritisches Verständnis auf dem neuesten Stand des Wissens in einem oder mehreren Spezialbereichen und
- sind auf der Grundlage des erworbenen Wissens in der Lage, eigenständige Ideen zu entwickeln und/oder anzuwenden.

Das Studium vermittelt insbesondere Kenntnisse und Fähigkeiten im Feld interaktiver Systeme und Medien unter gleichzeitiger Beachtung informatischer, kognitionswissenschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte. Im Zentrum steht die Vermittlung einer fundierten informatischen und kognitionswissenschaftlichen Gestaltungs-

und Reflexionskompetenz an der Schnittstelle zwischen Mensch und Computer. Die jeweilige gewählte Vertiefungsrichtung bestimmt hierbei, welcher Fachbereich die größte Aufmerksamkeit erhält: Informatik, Psychologie oder Social Media und Professionelle Kommunikation.

In dem forschungsorientierten Studium erwerben die Studierenden die Fähigkeit zu selbstständigem wissenschaftlichen Arbeiten und zur Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse des Studienfachs für die Erforschung digitaler Medien, insbesondere von Internetanwendungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Sie können

- ihr Wissen und ihr Verstehen sowie ihre Fähigkeiten zur Problemlösung auch in neuen und unvertrauten Situationen, die in einem breiteren oder multidisziplinären Zusammenhang mit ihrem Studienfach stehen, anwenden,
- auch auf der Grundlage unvollständiger oder begrenzter Informationen wissenschaftlich fundierte Entscheidungen fällen und dabei gesellschaftliche, wissenschaftliche und ethische Erkenntnisse berücksichtigen, die sich aus der Anwendung ihres Wissens und aus ihren Entscheidungen ergeben,
- sich selbständig neues Wissen und Können aneignen,
- weitgehend selbstgesteuert und/oder eigenständig forschungs- oder anwendungsorientierte Projekte durchführen,
- auf dem aktuellen Stand von Forschung und Anwendung Fachvertreterinnen und Fachvertretern sowie Laien ihre Schlussfolgerungen und die diesen zugrunde liegenden Informationen und Beweggründe in klarer und eindeutiger Weise vermitteln,
- sich mit Fachvertreterinnen und Fachvertretern sowie mit Laien über Informationen, Ideen, Probleme und Lösungen auf wissenschaftlichem Niveau austauschen,
- in einem Team herausgehobene Verantwortung übernehmen.

§ 4 Mastergrad

Nach erfolgreichem Abschluss der Masterprüfung für den Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ verleiht die Fakultät Ingenieurwissenschaften der Universität Duisburg-Essen den akademischen Grad Master of Science (M.Sc.).

§ 5 Regelstudienzeit, Modularisierung, ECTS-Leistungspunktesystem

(1) Die generelle Regelstudienzeit im Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ beträgt 4 Semester.

(2) Das Studium ist in allen Abschnitten modular aufgebaut. Ein Modul bezeichnet eine thematisch und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene und mit Leistungspunkten

belegte Studieneinheit. Module vermitteln eine eigenständige, präzise umschriebene Teilkompetenz in Bezug auf die Gesamtziele des Studiengangs.

(3) Der für eine erfolgreiche Teilnahme an einem Modul in der Regel erforderliche Zeitaufwand einer oder eines Studierenden (Workload) wird mit einer bestimmten Anzahl von Credits ausgedrückt. In den Credits sind Zeiten für die Präsenz, die Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen, den Prüfungsaufwand und die Prüfungsvorbereitungen einschließlich Abschluss- und Studienarbeiten sowie gegebenenfalls Praktika enthalten. Die Credits drücken keine qualitative Bewertung der Module (d.h. keine Benotung) aus.

(4) An der Universität Duisburg-Essen wird das European Credit Transfer System (ECTS) angewendet. Der Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ hat einen Umfang von 120 Credits.

(5) Auf ein Semester entfallen durchschnittlich 30 ECTS-Credits.

(6) Für einen ECTS-Credit wird eine Arbeitsbelastung (Workload) der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 30 Stunden angenommen, so dass die Arbeitsbelastung im Vollzeitstudium pro Semester in der Vorlesungs- und in der vorlesungsfreien Zeit insgesamt 900 Stunden beträgt. Dies entspricht 39 Stunden pro Woche bei 46 Wochen pro Jahr.

(7) Das Masterstudium wird nach Inhalt, Niveau und Anforderungen so gestaltet, dass es innerhalb der generellen Regelstudienzeit vollständig abgeschlossen werden kann.

§ 6 Lehr-/Lernformen

(1) Im Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ können folgende Lehrveranstaltungsarten bzw. Lehr-/Lernformen angeboten werden:

- a) Vorlesung
- b) Übung
- c) Seminar
- d) Kolloquium
- e) Projekt
- f) E-Learning/Blended Learning
- g) Tutorien
- h) Selbststudium

Vorlesungen bieten in der Art eines Vortrages eine zusammenhängende Darstellung von Grund- und Spezialwissen sowie von methodischen Kenntnissen.

Übungen dienen primär der Aufarbeitung und Vertiefung von in anderen Veranstaltungen (insbesondere Vorlesungen) vermittelten Inhalten und Methoden anhand geeigneter Beispiele durch die Lehrenden.

Seminare bieten die Möglichkeit einer aktiven Beschäftigung mit einem wissenschaftlichen Problem. Die Beteiligung besteht in der Präsentation eines eigenen Beitrages zu einzelnen Sachfragen, in kontroverser Diskussion oder in aneignender Interpretation.

Kolloquien dienen dem offenen, auch interdisziplinären wissenschaftlichen Diskurs. Sie beabsichtigen einen offenen Gedankenaustausch.

Projekte dienen zur praktischen Durchführung empirischer und theoretischer Arbeiten. Sie umfassen die geplante und organisierte, eigenständige Bearbeitung von Themenstellungen alleine oder in einer Arbeitsgruppe (Projektteam). Das Projektteam organisiert die interne Arbeitsteilung selbst. Die Projektarbeit schließt Projektplanung, Projektorganisation, Projektdurchführung und Reflexion von Projektfortschritten in einem Plenum sowie die Präsentation und Diskussion von Projektergebnissen ein. Projektbezogene Problemstellungen werden im Team bearbeitet, dokumentiert und präsentiert.

E-Learning/Blended Learning dient der didaktischen Verbindung traditioneller Präsenzveranstaltungen mit Onlinephasen. Bei dieser Lernform werden verschiedene Lernmethoden und Medien miteinander kombiniert.

(2) Für Exkursionen, Sprachkurse, Praktika, praktische Übungen oder vergleichbare Lehrveranstaltungen kann der Studienplan (Anlage 1) eine Pflicht der Studierenden zur regelmäßigen Anwesenheit in der Lehrveranstaltung als Teilnahmevoraussetzung zu Modulteilprüfungen vorsehen.

(3) Einzelne Veranstaltungen können in englischer Sprache abgehalten werden und in der überwiegenden Zahl an Lehrveranstaltungen ist die zugrundeliegende Literatur in Englisch verfasst. Englischkenntnisse werden daher erwartet.

§ 7

Zulassungsbeschränkungen für einzelne Lehrveranstaltungen

(1) Die Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen kann beschränkt werden, wenn wegen deren Art und Zweck oder aus sonstigen Gründen von Lehre und Forschung eine Begrenzung der Zahl der Teilnehmenden erforderlich ist. Über die Teilnahmebeschränkung entscheidet auf Antrag der Prüferin oder des Prüfers die Dekanin oder der Dekan im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss; bei Veranstaltungen des Instituts für Optionale Studien entscheidet die Direktorin oder der Direktor.

(2) Liegen die Voraussetzungen des Abs. 1 vor und übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmefähigkeit, regelt auf Antrag der oder des Lehrenden der Prüfungsausschuss den Zugang; bei Veranstaltungen des Instituts für Optionale Studien entscheidet die Direktorin oder der Direktor. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber, die sich innerhalb einer zu setzenden Frist rechtzeitig angemeldet haben, in folgender Reihenfolge zu berücksichtigen:

- a) Studierende, die an der Universität Duisburg-Essen für den Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ eingeschrieben und nach dem Studienplan und ihrem Studienverlauf auf den Besuch der Lehrveranstaltung zu diesem Zeitpunkt angewiesen sind.
- b) Studierende, die an der Universität Duisburg-Essen für den Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ eingeschrieben, aber nach dem Studienplan und ihrem Studienverlauf auf den Besuch

der Lehrveranstaltung zu diesem Zeitpunkt nicht angewiesen sind.

Innerhalb der Gruppen nach Buchstabe a oder b erfolgt die Auswahl nach dem Prioritätsprinzip durch die Fakultät.

(3) Die Fakultät für Ingenieurwissenschaft kann für Studierende anderer Studiengänge das Recht zum Besuch von Lehrveranstaltungen generell beschränken, wenn ohne diese Beschränkung eine ordnungsgemäße Ausbildung der für einen Studiengang eingeschriebenen Studierenden nicht gewährleistet werden kann. Die Regelung gilt auch für Zweithörerinnen und Zweithörer im Sinne des § 52 HG Abs. 1 Satz 2.

(4) Für Studierende in besonderen Situationen gemäß § 22 dieser Ordnung sowie für Studierende, die zugleich eine Studienassistenz wahrnehmen, können auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden.

(5) Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen in teilnahmebeschränkten Lehrveranstaltungen ist die Zulassung zu der zugrunde liegenden Lehrveranstaltung.

§ 8

Studienumfang

(1) Das Masterstudium „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ gliedert sich in fachspezifische Pflicht- und Wahlpflichtmodule sowie die Masterarbeit.

(2) Die Credits verteilen sich wie folgt:

- a) Auf die Masterarbeit entfallen 30 Credits (inklusive 6 Credits für das Masterkolloquium).
- b) Auf die fachspezifischen Module entfallen 90 Credits.

Dabei entfallen...

- in der Vertiefungsrichtung Informatik 36 Credits auf Module zur Informatik und 24 Credits auf Module zur Psychologie
- in der Vertiefungsrichtung Psychologie 36 Credits auf Module zur Psychologie und 24 Credits auf Module zur Informatik
- in der Vertiefungsrichtung Social Media und Professionelle Kommunikation 24 Credits auf Module zu Social Media und Professionelle Kommunikation, 18 Credits auf Module zur Informatik und 18 Credits auf Module zur Psychologie

Weitere 20 Credits entfallen auf zwei Forschungsprojekte, von denen eines in der gewählten Vertiefungsrichtung zu absolvieren ist, und weitere 10 Credits auf Betriebswirtschaftslehre.

(3) Für jede Studierende und jeden Studierenden wird im Bereich Prüfungswesen ein Credit-Konto zur Dokumentation der erbrachten Leistungen eingerichtet und geführt.

§ 9

Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und für die sich aus dieser Prüfungsordnung ergebenden prüfungsbezoge-

nen Aufgaben bilden die am Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaften“ beteiligten Fakultäten einen Prüfungsausschuss.

(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, einer oder einem stellvertretenden Vorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende, die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, ein Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe vom Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses Vertreterinnen oder Vertreter gewählt.

Die Amtszeit der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt drei Jahre, die Amtszeit der studentischen Mitglieder ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.

(4) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen.

(5) Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienpläne.

(6) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle (insb. Festlegung von Prüfungsterminen, Bestellung der Prüfenden und Beisitzenden, Anerkennungsverfahren, Nachteilsausgleich und Prüfungsbedingungen für Studierende in besonderen Situationen, Einsicht in Prüfungsakten) auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden übertragen oder im Umlaufverfahren durchführen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.

Die oder der Vorsitzende kann in unaufschiebbaren Angelegenheiten allein entscheiden (Eilentscheid). Die oder der Vorsitzende unterrichtet den Prüfungsausschuss spätestens in dessen nächster Sitzung über die Entscheidung.

(7) Die oder der Vorsitzende beruft den Prüfungsausschuss ein. Der Prüfungsausschuss muss einberufen werden, wenn es von mindestens einem Mitglied des Prüfungsausschusses oder einem Mitglied des Dekanats einer beteiligten Fakultät verlangt wird.

(8) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter mindestens ein weiteres Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden. Die Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Mitglieder können mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei der Bewertung und der Anerkennung von Prüfungsleistungen von der Beratung und der Beschlussfassung ausgeschlossen.

(9) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.

(10) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Vertreterinnen und Vertreter unterliegen der Amtsschwiegenheit. Sofern sie nicht Angehörige des öffentlichen Dienstes sind, werden sie von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nach dem Gesetz über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(11) Die oder der Vorsitzende wird bei der Erledigung ihrer oder seiner Aufgaben von dem Bereich Prüfungswesen unterstützt.

§ 10

Anerkennung von Leistungen, Einstufung in höhere Fachsemester

(1) Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Die Anerkennung im Sinne des Satzes 1 dient unbeschadet des § 2 Abs. 1 der Fortsetzung des Studiums und dem Ablegen von Prüfungen.

Äquivalenzvereinbarungen und Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich, die Studierende ausländischer Staaten abweichend von Satz 1 begünstigen, gehen den Regelungen des Satz 1 vor.

(2) Auf Antrag können sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen auf bis zur Hälfte der insgesamt nachzuweisenden ECTS-Credits anerkannt werden, wenn diese Kenntnisse und Qualifikationen den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.

(3) Es obliegt der antragstellenden Person, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende Leistung bereitzustellen. Die Unterlagen müssen in Fällen des Abs. 1 Aussagen zu den erworbenen Kompetenzen sowie in Fällen des Abs. 2 zum Inhalt und Niveau der Leistungen enthalten, die anerkannt werden sollen. Die Unterlagen sind im Bereich Prüfungswesen einzureichen.

(4) Zuständig für Anerkennung nach den Absätzen 1 und 2 sowie für die Durchführung der Einstufungsprüfung nach Abs. 7 ist der Prüfungsausschuss. Über Anträge auf Anerkennung von Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 soll innerhalb einer Frist von 9 Wochen ab Antragstellung entschieden werden. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit im Sinne des § 63a HG kann das zuständige Fachgebiet gehört werden. In Verfahren nach Abs. 1 trägt der Prüfungsausschuss die Beweislast dafür, dass ein Antrag die Voraussetzung des Abs. 1 für die Anerkennung nicht erfüllt.

(5) Werden Prüfungsleistungen anerkannt, so sind, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, die Noten zu übernehmen und die nach der Prüfungsordnung vorgesehenen Credits zu vergeben. Die übernommenen Noten

sind in die Berechnung der Modulnoten und der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Diese Bewertung wird nicht in die Berechnung der Modulnote und der Gesamtnote einbezogen. Die Anerkennung wird im Transcript of Records mit Fußnote gekennzeichnet.

(6) Lehnt der Prüfungsausschuss einen Antrag auf Anerkennung ab, erhalten die Studierenden einen begründeten Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

(7) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die auf Grund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 12 HG berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Prüfungsleistungen anerkannt. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.

§ 11

Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

(1) Zu Prüferinnen und Prüfern dürfen nur Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Lehrbeauftragte, Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Lehrkräfte für besondere Aufgaben bestellt werden, die mindestens die entsprechende Masterprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt und eine Lehrtätigkeit ausgeübt haben. Zur Beisitzenden oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Masterprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

(2) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen, Prüfer und Beisitzerinnen und Beisitzer. Die Bestellung der Beisitzerinnen und Beisitzer kann den Prüferinnen und Prüfern übertragen werden. Zu Prüferinnen oder Prüfern werden in der Regel Personen gemäß Abs. 1 Satz 1 bestellt, die an der Universität Duisburg-Essen lehren oder gelehrt haben.

(3) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig. Ihnen obliegt die inhaltliche Vorbereitung und Durchführung der Prüfungen. Sie entscheiden und informieren auch über die Hilfsmittel, die zur Erbringung der Prüfungsleistungen benutzt werden dürfen.

(4) Die Studierenden können für die Masterarbeit jeweils die erste Prüferin oder den ersten Prüfer (Betreuerin oder Betreuer) vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Vorschläge begründen jedoch keinen Anspruch.

II. Masterprüfung

§ 12

Zulassung zur Teilnahme an Prüfungen

(1) Zu Prüfungen kann nur zugelassen werden, wer in dem Semester, in dem sie oder er sich zur Prüfung meldet oder die Prüfung ablegt, im Masterstudiengang „Ange-

wandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ an der Universität Duisburg-Essen immatrikuliert oder als Zweithörerin oder als Zweithörer zugelassen ist und

- a) nicht beurlaubt ist; ausgenommen sind Beurlaubungen bei Studierenden in besonderen Situationen und bei Wiederholungsprüfungen, wenn diese die Folge eines Auslands- oder Praxissemesters sind, für das beurlaubt worden ist,
- b) sich gemäß § 14 Abs. 3 ordnungsgemäß angemeldet hat und
- c) über die in der Prüfungsordnung festgelegten Teilnahmevoraussetzungen für die Zulassung verfügt.

(2) Die Zulassung zur Teilnahme an Prüfungen ist zu verweigern, wenn:

- a) die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen,
- b) die oder der Studierende an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes bereits eine Prüfung in dem gewählten Studiengang oder einem Studiengang, der eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist eine nach dieser Prüfungsordnung vorgesehene Prüfung endgültig nicht bestanden hat oder
- c) die oder der Studierende sich bereits an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem Prüfungsverfahren in dem gewählten Studiengang oder einem Studiengang, der eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist, befindet.

(3) Diese Regelung gilt für alle Modul- und Modulteilprüfungen.

§ 13

Struktur der Prüfung, Form der Modulprüfungen

(1) Die Masterprüfung besteht aus Modulprüfungen und der Masterarbeit. Die Themenstellung für letztere sollte aus der jeweils gewählten Vertiefungsrichtung kommen.

(2) Modulprüfungen sollen sich grundsätzlich auf die Kompetenzziele des Moduls beziehen. Im Rahmen dieser Prüfungen soll die oder der Studierende zeigen, dass sie oder er die im Modul vermittelten Inhalte und Methoden im Wesentlichen beherrscht und die erworbenen Kompetenzen anwenden kann.

(3) Die Modulprüfungen werden studienbegleitend erbracht und schließen das jeweilige Modul ab. Credits werden nach erfolgreichem Abschluss für jede Modulprüfung vergeben.

(4) Einzelne Modulprüfungen können in englischer Sprache abgehalten werden. Entsprechende Sprachkenntnisse werden erwartet.

(5) Die Modulprüfungen werden benotet

(6) Modulprüfungen können

- a) als mündliche Prüfung,
- b) schriftlich oder in elektronischer Form als Klausurarbeit,
- c) als Hausarbeit, Seminararbeit oder Protokoll,
- d) als Vortrag, Referat oder Präsentation,

- e) als Kolloquium (bestehend aus einem Vortrag über eine wissenschaftliche Arbeit und einer darauf basierenden Diskussion)
- f) als Portfolioprüfung,
- g) als experimentelle Arbeit,
- h) als Forschungsbericht, Projektbericht, Testat oder
- i) als Kombination der Prüfungsformen a) bis h) unter Beachtung von Abs. 2

erbracht werden.

(7) Die Prüfungsformen der Module sind in den Studienplänen (Anlage 1.1, Anlage 2.1, Anlage 3.1) geregelt. Die konkreten Prüfungsanforderungen sind im Modulhandbuch beschrieben. Die Studierenden sind zu Beginn der Lehr-/Lernform von der jeweiligen Dozentin oder dem jeweiligen Dozenten über die Form und den zeitlichen Umfang der Modul- oder der Modulteilprüfung in Kenntnis zu setzen.

(8) Neben den Modulprüfungen können auch Studienleistungen gefordert werden. Die Studienleistungen dienen der individuellen Lernstandskontrolle der Studierenden. Sie können nach Maßgabe der fachspezifischen Prüfungsordnungen (Studienplan) als Prüfungsvorleistungen Zulassungsvoraussetzung zu Modulprüfungen sein. Die Studienleistungen werden nach Form und Umfang im Modulhandbuch beschrieben. Die Regelung zur Anmeldung zu und zur Wiederholung von Prüfungen findet keine Anwendung. Die Bewertung der Studienleistung bleibt bei der Bildung der Modulnoten unberücksichtigt.

§ 14

Fristen zur Anmeldung und Abmeldung für Prüfungen, Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse

(1) Eine studienbegleitende Prüfung gemäß der §§ 15 und 16 wird spätestens in der vorlesungsfreien Zeit nach dem Ende der jeweiligen Lehr-/Lernform des Moduls angeboten. Die Prüfungstermine sollen so angesetzt werden, dass infolge der Terminierung keine Lehrveranstaltungen ausfallen. Die Termine werden vom Prüfungsausschuss bzw. von der Leitung der Einrichtung, die die Prüfung organisiert, mindestens sechs Wochen vor dem Prüfungstermin bekannt gegeben.

(2) Die oder der Studierende ist verpflichtet, sich über die Prüfungstermine zu informieren.

(3) Die oder der Studierende muss sich zu allen Klausurprüfungen und mündlichen Prüfungen innerhalb des Anmeldezeitraums in der fünften und der sechsten Vorlesungswoche im Onlineportal der Universität anmelden (Ausschlussfrist). Form und Frist für die Anmeldung zu anderen Prüfungen bestimmt der Prüfungsausschuss.

(4) Eine Abmeldung von einer Prüfung hat von der oder dem Studierenden spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin zu erfolgen (Ausschlussfrist). Bei weiteren Prüfungsleistungen im Sinne des § 17 ist eine Abmeldung von der Prüfung nach Ausgabe des Prüfungsthemas nicht mehr zulässig.

(5) Sämtliche Prüfungsergebnisse werden der oder dem Studierenden unverzüglich nach der Bewertung per Eintrag in die Datenbank der elektronischen Prüfungsverwaltung

oder in sonstiger geeigneter Form individuell bekannt geben. Die Studierenden erhalten über den Eintrag in die Datenbank eine E-Mail an die von der Universität zugewiesene E-Mailadresse. Im Fall der Erfassung in der elektronischen Prüfungsverwaltung gilt das Prüfungsergebnis zwei Wochen nach Eintrag in die Datenbank als bekannt gegeben. § 15 Abs. 5 bleibt unberührt.

§ 15

Mündliche Prüfungen

(1) In einer mündlichen Prüfung soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes kennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Durch die mündliche Prüfung soll ferner festgestellt werden, ob sie oder er die erforderlichen Kompetenzen erworben und die Lernziele erreicht hat.

(2) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor mindestens einer Prüferin oder einem Prüfer und in Gegenwart einer Beisitzerin oder eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Vor der Festsetzung der Note nach dem Bewertungsschema in § 24 ist die Beisitzerin oder der Beisitzer zu hören. Mündliche Prüfungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird oder bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit besteht, sind von zwei Prüferinnen oder Prüfern im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 zu bewerten.

(3) Bei einer mündlichen Prüfung als Gruppenprüfung dürfen nicht mehr als vier Studierende gleichzeitig geprüft werden. In Gruppenprüfungen muss der individuelle Beitrag jedes einzelnen Gruppenmitglieds klar erkennbar, eindeutig abgrenzbar und bewertbar sein.

(4) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 20 Minuten und höchstens 45 Minuten pro Kandidatin oder Kandidat. In begründeten Fällen kann von diesem Zeitrahmen abgewichen werden.

(5) Die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis einer mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Prüfungsergebnis ist der oder dem Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Das Protokoll und das Prüfungsergebnis über die mündliche Prüfung sind dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich schriftlich zu übermitteln.

(6) Bei mündlichen Prüfungen können Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, auf Antrag als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die oder der zu prüfende Studierende widerspricht. Die Prüferin oder der Prüfer entscheidet über den Antrag nach Maßgabe der vorhandenen Plätze. Die Zulassung als Zuhörerin oder Zuhörer erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse.

Kandidatinnen und Kandidaten desselben Semesterprüfungstermins sind als Zuhörerinnen oder Zuhörer ausgeschlossen.

§ 16

Klausurarbeiten

(1) In einer Klausurarbeit soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er in begrenzter Zeit

und mit den zugelassenen Hilfsmitteln Probleme aus dem Prüfungsgebiet ihres oder seines Faches mit den vorgegebenen Methoden erkennen und Wege zu deren Lösung finden kann. Die relativen Anteile der einzelnen Aufgaben oder Teilaufgaben an der Gesamtleistung sind auf dem Klausurbogen auszuweisen.

In geeigneten Fällen können Klausuren ganz oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple-Choice-Klausur) durchgeführt werden.

(2) Klausurarbeiten können als softwaregestützte Prüfung durchgeführt werden (E-Prüfungen). Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. Die Studierenden sind auf die E-Prüfungsform hinzuweisen. Ihnen ist Gelegenheit zu geben, sich mit den Prüfungsbedingungen und dem Prüfungssystem vertraut zu machen.

(3) Klausurarbeiten haben einen zeitlichen Umfang von 60 Minuten bis 240 Minuten.

(4) Klausurarbeiten, mit denen der Studiengang abgeschlossen wird und Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern im Sinne des § 11 zu bewerten.

(5) Jede Klausurarbeit wird nach dem Bewertungsschema in § 24 bewertet. Bei mehreren Prüferinnen oder Prüfern ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gemäß § 24 Abs. 2. Prüfungsleistungen im Antwort-Wahl-Verfahren werden von der Prüferin oder dem Prüfer eigenverantwortlich bewertet. Die Kriterien der Prüfungsbewertung sind offen zu legen.

(6) Das Bewertungsverfahren ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen abzuschließen. Die Bewertung einer Klausur ist dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich nach Abschluss des Bewertungsverfahrens schriftlich mitzuteilen.

§ 17

Weitere Prüfungsformen

Die allgemeinen Bestimmungen für Hausarbeiten, Protokolle, Vorträge und Referate, Forschungsberichte, Testate und Projektarbeiten sowie sonstige Prüfungsleistungen trifft der Prüfungsausschuss. Für Vorträge, Referate oder vergleichbare Prüfungsformen gilt § 14 entsprechend. Für Hausarbeiten gelten die Bestimmungen der §§ 14 und 16 Abs. 4 bis 6 entsprechend. Die näheren Bestimmungen für Protokolle, Vorträge oder Referate werden durch die Prüferin oder den Prüfer festgelegt; die Bewertung dieser Prüfungsformen obliegt nur der Prüferin oder dem Prüfer. § 65 Abs. 2 Satz 1 HG bleibt unberührt. Bei Gruppenprüfungen gilt § 15 Abs. 3 und bei Gruppenarbeiten gelten § 18 Abs. 7 und Abs. 10 entsprechend.

§ 18

Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die die wissenschaftliche Ausbildung im Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ in der Regel abschließt. Die Masterarbeit soll zeigen, dass die oder der Studierende innerhalb einer vorgegebenen Frist eine be-

grenzte Aufgabenstellung aus ihrem oder seinem Fachgebiet selbständig und unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden bearbeiten und darstellen kann.

(2) Zur Masterarbeit kann nur zugelassen werden, wer mindestens 58 ECTS-Credits erworben und zusätzlich beide Forschungsprojekte (20 ECTS-Credits) erfolgreich absolviert hat. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Die Studierende oder der Studierende meldet sich im Bereich Prüfungswesen zur Masterarbeit an. Die Ausgabe des Themas der Masterarbeit erfolgt über die Betreuerin oder den Betreuer oder den Prüfungsausschuss. Der Ausgabezeitpunkt und das Thema werden im Bereich Prüfungswesen aktenkundig gemacht.

(4) Das Thema der Masterarbeit wird von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer, einer Hochschuldozentin oder einem Hochschuldozenten oder einer Privatdozentin oder einem Privatdozenten der Fakultät Ingenieurwissenschaft gestellt und betreut, die oder der im Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ Lehrveranstaltungen durchführt. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

Für das Thema der Masterarbeit hat die Studierende oder der Studierende ein Vorschlagsrecht. Es soll aus der gewählten Vertiefungsrichtung stammen.

Soll die Masterarbeit an einer anderen Fakultät der Universität Duisburg-Essen oder an einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des Prüfungsausschusses. Auf Antrag der oder des Studierenden sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass die oder der Studierende rechtzeitig ein Thema für eine Masterarbeit erhält.

(5) Die Masterarbeit ist in der durch den Aus- und den Abgabetermin festgelegten Bearbeitungszeit anzufertigen. Die Bearbeitungszeit beträgt 26 Wochen. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit auf begründeten schriftlichen Antrag der oder des Studierenden um bis zu sechs Wochen verlängern. Der Antrag muss unverzüglich nach Eintritt des Hindernisses vor dem Abgabetermin für die Masterarbeit bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eingegangen sein.

(6) Das Thema, die Aufgabenstellung und der Umfang der Masterarbeit müssen so beschaffen sein, dass die zur Bearbeitung vorgegebene Frist eingehalten werden kann.

Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden.

(7) Die Masterarbeit kann in begründeten Fällen in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des einzelnen Studierenden aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung der jeweils individuellen Leistung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(8) Die Masterarbeit ist in deutscher oder in einer allgemein vom Prüfungsausschuss akzeptierten Fremdsprache oder einer im Einzelfall akzeptierten Fremdsprache abzufassen und fristgemäß beim Prüfungsausschuss in dreifacher Ausfertigung in gedruckter und gebundener Form im DIN A4-Format sowie in geeigneter elektronischer Form einzureichen.

(9) Die Masterarbeit soll in der Regel 60 bis 100 Seiten umfassen. Notwendige Detailergebnisse können gegebenenfalls zusätzlich in einem Anhang zusammengefasst werden.

(10) Bei der Abgabe der Masterarbeit hat die oder der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie ihre oder seine Arbeit bzw. bei einer Gruppenarbeit ihren oder seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat.

(11) Der Abgabezeitpunkt ist beim Bereich Prüfungswesen aktenkundig zu machen. Ist die Masterarbeit nicht fristgemäß eingegangen, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(12) Die Masterarbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten; die Bewertung ist schriftlich zu begründen. Die Erstbewertung soll in der Regel von der Betreuerin oder dem Betreuer der Masterarbeit vorgenommen werden, die oder der das Thema der Masterarbeit gestellt hat. Ausnahmen sind vom Prüfungsausschuss zu genehmigen. Die zweite Prüferin oder der zweite Prüfer wird gemäß § 11 Abs. 1 vom Prüfungsausschuss bestellt. Handelt es sich um eine fachübergreifende Themenstellung, müssen die Prüfer so bestimmt werden, dass die Beurteilung mit der erforderlichen Sachkunde erfolgen kann. Mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer muss Mitglied einer Fakultät der Universität Duisburg-Essen sein, die am Studiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft“ maßgeblich beteiligt ist.

(13) Die einzelne Bewertung ist nach dem Bewertungsschema in § 24 vorzunehmen. Die Note der Masterarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, sofern die Differenz nicht mehr als 2,0 beträgt. Bei einer Differenz von mehr als 2,0 oder falls nur eine Bewertung besser als mangelhaft (5,0) ist, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer zur Bewertung der Masterarbeit bestimmt. In diesen Fällen wird die Note aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Noten gebildet. Die Masterarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend“ (4,0) oder besser sind.

(14) Das Bewertungsverfahren durch die Prüferinnen oder Prüfer soll in der Regel sechs Wochen nicht überschreiten. Die Bewertung der Masterarbeit ist dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich nach Abschluss des Bewertungsverfahrens schriftlich mitzuteilen.

§ 19 Wiederholung von Prüfungen

(1) Bestandene studienbegleitende Prüfungen und eine bestandene Masterarbeit dürfen nicht wiederholt werden. Bei endgültig nicht bestandenen Prüfungen erhält die oder der Studierende vom Prüfungsausschuss einen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

(2) Nicht bestandene oder als nicht bestanden geltende studienbegleitende Prüfungen können zweimal wiederholt werden; die Forschungsprojekte können nur jeweils einmal wiederholt werden.

(3) Der Prüfungsausschuss hat zu gewährleisten, dass jede studienbegleitende Prüfung innerhalb von zwei aufeinander folgenden Semestern mindestens zweimal angeboten wird. Zwischen der ersten Prüfung und der Wiederholungsprüfung müssen mindestens vier Wochen liegen. Die Prüfungsergebnisse der vorhergehenden Prüfung sollen mindestens sieben Tage vor dem Termin der Wiederholungsprüfung im Bereich Prüfungswesen vorliegen.

(4) Eine letztmalige Wiederholungsprüfung ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten; die Bewertung ist schriftlich zu begründen.

(5) Eine nicht bestandene Masterarbeit kann einmal wiederholt werden. Eine Rückgabe des Themas der zweiten Masterarbeit innerhalb der in § 18 Abs. 6 Satz 2 genannten Frist ist jedoch nur zulässig, wenn die oder der Studierende bei der Anfertigung ihrer oder seiner ersten Masterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 20 Freiversuch

Entfällt.

§ 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung wird mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die oder der Studierende

- einen bindenden Prüfungstermin ohne wichtigen Grund versäumt oder wenn sie oder er
- nach Beginn einer Prüfung, die sie oder er angetreten hat, ohne wichtigen Grund zurücktritt.

Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Als wichtiger Grund kommen insbesondere krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit oder das Vorliegen einer besonderen Situation im Sinne des § 22 Abs. 3 und 4 in Betracht.

(3) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen unverzüglich, d.h. grundsätzlich innerhalb von drei Werktagen nach dem Termin der Prüfung beim Bereich Prüfungswesen schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden (Samstage gelten nicht als Werktage).

Im Falle einer Krankheit hat die oder der Studierende eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, aus der sich die Prüfungsunfähigkeit und deren Dauer ergeben. Der Krankheit der oder des Studierenden steht die Krankheit einer oder eines von der bzw. dem Studierenden zu versorgenden Kindes oder zu pflegenden Angehörigen im Sinne des § 22 Abs. 4 gleich. Wurden die Gründe für die Prüfungsunfähigkeit anerkannt, wird der Prüfungsversuch nicht gewertet. Die oder der Studierende soll in diesem Fall den nächsten angebotenen Prüfungstermin wahrnehmen.

(4) Versucht die oder der Studierende, das Ergebnis seiner Leistung durch Täuschung, worunter auch Plagiate fallen, oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Feststellung der Täuschung

wird von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der oder dem Aufsichtführenden getroffen und aktenkundig gemacht. Zur Feststellung der Täuschung kann sich die Prüferin oder der Prüfer bzw. der Prüfungsausschuss des Einsatzes einer entsprechenden Software oder sonstiger elektronischer Hilfsmittel bedienen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Studierende oder den Studierenden von Wiederholungsprüfungen ausschließen.

(5) Eine Studierende oder ein Studierender, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der oder dem Aufsichtführenden nach Abmahnung von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(6) Der Prüfungsausschuss kann von der oder dem Studierenden eine Versicherung an Eides Statt verlangen, dass die Prüfungsleistung von ihr oder ihm selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht worden ist. Wer vorsätzlich einen Täuschungsversuch gemäß Abs. 4 unternimmt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die Kanzlerin oder der Kanzler.

Im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann die Studierende oder der Studierende zudem exmatrikuliert werden.

§ 22

Nachteilsausgleich, Studierende in besonderen Situationen

(1) Die besonderen Belange behinderter und chronisch kranker Studierender zur Wahrung ihrer Chancengleichheit sind zu berücksichtigen. Macht die oder der Studierende durch die Vorlage eines geeigneten Nachweises, insbesondere einer ärztlichen Stellungnahme glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage ist, an einer Prüfung in der vorgesehenen Form oder in dem vorgesehenen Umfang teilzunehmen, gestattet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der oder dem Studierenden auf Antrag, gleichwertige Leistungen in einer anderen angemessenen Form oder Dauer zu erbringen. Bei Entscheidungen nach Satz 2 wird die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung nach Maßgabe des § 62b Abs. 2 HG beteiligt.

(2) Die besonderen Belange behinderter und chronisch kranker Studierender zur Wahrung ihrer Chancengleichheit sind über Abs. 1 hinaus gleichermaßen für die Erbringung von Studienleistungen zu berücksichtigen. Der Prüfungsausschuss legt auf Antrag der oder des Studierenden von dieser Prüfungsordnung abweichende Regelungen unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest.

(3) Für Studierende, für die die Schutzbestimmungen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes gelten oder für die die Fristen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) über die Elternzeit greifen, legt der Prüfungsausschuss die in dieser Prüfungsordnung

geregelten Prüfungsbedingungen (insbesondere Bearbeitungszeiten) auf Antrag der oder des Studierenden unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest.

(4) Für Studierende, die nachweisen, dass sie Kinder im Sinne des § 25 Abs. 5 BAföG pflegen und erziehen oder die Ehegattin oder den Ehegatten, die eingetragene Lebenspartnerin oder den eingetragenen Lebenspartner oder Verwandte in gerader Linie oder Verschwägerter ersten Grades pflegen, legt der Prüfungsausschuss die in dieser Prüfungsordnung geregelten Bearbeitungszeiten, Fristen und Termine auf Antrag der oder des Studierenden unter Berücksichtigung von Ausfallzeiten durch diese Pflege und unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest.

§ 23

Bestehen und Nichtbestehen der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die oder der Studierende alle Prüfungen gemäß der §§ 15-17 sowie die Masterarbeit gemäß § 18 erfolgreich absolviert und die für den Studiengang vorgeschriebenen Credits erworben hat.

(2) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn:

- eine geforderte Prüfungsleistung gemäß Abs. 1 nicht erfolgreich absolviert wurde
- und eine Wiederholung dieser Prüfungsleistung gemäß § 19 nicht mehr möglich ist.

(3) Ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, wird vom Prüfungsausschuss auf Antrag der oder des Studierenden und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine Bescheinigung ausgestellt, die die erfolgreich absolvierten Prüfungen, deren Noten und die erworbenen Credits ausweist und deutlich macht, dass die Masterprüfung endgültig nicht bestanden worden ist.

§ 24

Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Prüfungsnoten

(1) Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen werden von den Prüferinnen und Prüfern folgende Noten (Grade Points) festgesetzt. Zwischenwerte sollen eine differenzierte Bewertung der Prüfungsleistungen ermöglichen.

1,0 oder 1,3 = sehr gut
(eine hervorragende Leistung)

1,7 oder 2,0 oder 2,3 = gut
(eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)

2,7 oder 3,0 oder 3,3 = befriedigend
(eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht)

3,7 oder 4,0 = ausreichend
(eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt)

5,0 = nicht ausreichend
(eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt)

(2) Wird eine Prüfung von mehreren Prüferinnen oder Prüfern bewertet, ist die Note das arithmetische Mittel der Einzelnoten. Bei der Bildung der Note wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Note lautet:

bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5
= sehr gut

bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5
= gut

bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5
= befriedigend

bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0
= ausreichend

bei einem Durchschnitt ab 4,1
= nicht ausreichend.

(3) Eine Prüfung ist bestanden, wenn sie mit „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet wurde. Eine Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet wurde und alle Wiederholungsmöglichkeiten gemäß § 19 ausgeschöpft sind.

§ 25 Modulnoten

(1) Ein Modul ist bestanden, wenn alle diesem Modul zugeordneten Leistungen erbracht und die Modulprüfung mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde. Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Teilprüfungen, so muss jede zugeordnete Leistung mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sein.

(2) Besteht eine Modulprüfung aus einer einzigen Prüfungsleistung, so ist die erzielte Note gleichzeitig die erzielte Note der Modulprüfung.

(3) Die Note der Modulprüfung ist das gewichtete Mittel der Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen (Grade Points). Das gewichtete Mittel errechnet sich aus der Summe der mit den Einzelnoten multiplizierten Credits, dividiert durch die Gesamtzahl der benoteten Credits des Moduls. § 24 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 26 Bildung der Gesamtnote

(1) Die Gesamtnote errechnet sich aus dem mit Credits gewichteten arithmetischen Mittel aus

- den fachspezifischen Modulnoten und
- der Note für die Masterarbeit.

Unbenotete Leistungen (z. B. Praktika, ohne Note anerkannte Leistungen) werden bei der Berechnung der Gesamtnote nicht berücksichtigt.

(2) Dabei wird jeweils nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Im Übrigen gilt § 24 entsprechend.

(3) Wurde die Masterarbeit mit 1,0 bewertet und ist die Gesamtnote 1,3 oder besser, wird im Zeugnis gemäß § 28 Abs. 1 das Gesamtprädikat „mit Auszeichnung bestanden“ vergeben.

§ 27 Zusatzprüfungen

(1) Die oder der Studierende kann sich unbeschadet des § 12 Abs. 1 nach Maßgabe freier Kapazitäten über den Pflicht- und den Wahlpflichtbereich hinaus in weiteren Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzprüfungen).

(2) Das Ergebnis einer solchen Zusatzprüfung wird bei der Feststellung von Modulnoten und der Gesamtnote nicht mit berücksichtigt.

§ 28 Zeugnis und Diploma Supplement

(1) Hat die oder der Studierende die Masterprüfung bestanden, erhält sie oder er ein Zeugnis in deutscher Sprache. Das Zeugnis enthält folgende Angaben:

- Name der Universität und Bezeichnung der Fakultät/en,
- Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und Geburtsland der oder des Studierenden,
- Bezeichnung des Studiengangs, der Vertiefungsrichtung sowie der Schwerpunkte,
- die Bezeichnungen und Noten der absolvierten Module mit den jeweils erworbenen Credits,
- das Thema und die Note der Masterarbeit (inklusive Kolloquium) mit den erworbenen Credits,
- Gesamtnote mit den insgesamt erworbenen Credits,
- auf Antrag der oder des Studierenden die bis zum Abschluss des Masterstudiums benötigte Fachstudiendauer,
- auf Antrag der oder des Studierenden die Ergebnisse der gegebenenfalls absolvierten Zusatzprüfungen gemäß § 27,
- das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfung erbracht wurde,
- die Unterschriften der oder des Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses
- und das Siegel der Universität Duisburg-Essen.

Als Anlage zum Zeugnis kann das Transcript of Records erstellt werden. Das Transcript of Records enthält sämtliche Prüfungen einschließlich der Prüfungsnoten.

(2) Mit dem Abschlusszeugnis wird der Absolventin oder dem Absolventen durch die Universität ein Diploma Supplement in deutscher Sprache ausgehändigt. Das Diploma Supplement enthält

- persönliche Angaben wie im Zeugnis (siehe Abs. 1)
- allgemeine Hinweise zur Art des Abschlusses,
- Angaben zu der den Abschluss verleihenden Universität,

- Angaben zu den dem Abschluss zugrunde liegenden Studieninhalten, dem Studienverlauf und den mit dem Abschluss erworbenen Kompetenzen sowie Informationen zu den erbrachten Leistungen, zum Bewertungssystem sowie zum Leistungspunktesystem.

Dem Diploma Supplement wird eine Bewertung der Gesamtnote gemäß ECTS mit der Angabe angefügt, wieviel Prozent der Absolventinnen und Absolventen innerhalb der Fakultät in den letzten vier abgeschlossenen Semestern diesen Masterstudiengang mit der Gesamtnote „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“ oder „ausreichend“ abgeschlossen haben.

Das Diploma Supplement trägt das gleiche Datum wie das Zeugnis.

- (3) Mit dem Zeugnis und dem Diploma Supplement erhält die oder der Studierende eine englischsprachige Übersetzung.

§ 29 Masterurkunde

(1) Nach bestandener Masterprüfung wird der Absolventin oder dem Absolventen gleichzeitig mit dem Zeugnis eine Masterurkunde ausgehändigt. Die Urkunde weist den verliehenen Mastergrad nach § 4 aus und trägt das Datum des Zeugnisses.

(2) Die Urkunde wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät, die den Grad verleiht, unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Duisburg-Essen versehen.

- (3) § 28 Abs. 3 gilt entsprechend.

III. Schlussbestimmungen

§ 30 Ungültigkeit der Masterprüfung, Aberkennung des Mastergrades

(1) Hat die oder der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die oder der Studierende täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsvorgangsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

- (3) Vor einer Entscheidung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Sämtliche unrichtigen Prüfungszeugnisse sind einzuziehen und gegebenenfalls durch neue Zeugnisse zu ersetzen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt der Gradverleihung ausgeschlossen.

(5) Ist die Prüfung insgesamt für nicht bestanden erklärt worden, ist der verliehene Grad abzuerkennen und die ausgehändigte Urkunde einzuziehen.

§ 31 Einsicht in die Prüfungsarbeiten

(1) Den Studierenden wird auf Antrag nach einzelnen Prüfungen Einsicht in ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten gewährt. Der Antrag muss binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses gestellt werden. Näheres regelt der Prüfungsausschuss.

- (2) Prüfungsentscheidungen sind isoliert anfechtbar.

§ 32 Führung der Prüfungsakten, Aufbewahrungsfristen

(1) Die Prüfungsakten werden elektronisch geführt.

- a) Nachfolgende Daten werden elektronisch gespeichert:
 - Name, Vorname, Matrikelnummer, Geburtsdatum, Geburtsort und Geburtsland
 - Studiengang
 - Studienbeginn
 - Prüfungsleistungen
 - Anmeldedaten, Abmeldedaten, Prüfungsrücktritte
 - Datum des Studienabschlusses
 - Datum der Aushändigung des Zeugnisses.

b) Nachfolgende Dokumente werden in Papierform geführt:

- Masterarbeit
- Zeugnis
- Urkunde
- Prüfungsarbeiten
- Prüfungsprotokolle
- Widersprüche und Zulassungsanträge
- Atteste und Anerkennungsanträge.

(2) Die Archivierung und insbesondere die Aufbewahrungsfristen richten sich nach der jeweils maßgeblichen Archivierungsordnung.

(3) Die Archivierung der nach Abs. 2 aufbewahrten Akten erfolgt durch den Bereich Prüfungswesen.

§ 33¹ Geltungsbereich, Übergangsbestimmungen

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für alle im Masterstudiengang „Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaften“ eingeschriebenen Studierenden, die das Studium zum Zeitpunkt des Inkrafttretens noch nicht beendet haben.

(2) Studierende, die ihr Studium vor dem Wintersemester 2019/20 aufgenommen haben, beenden das Studium nach den Bestimmungen des § 11 Abs. 3 und des Anhangs der Prüfungsordnung vom 29. September 2014, (Verkündungsblatt Jg. 12, 2014 S. 1245 / Nr. 150), zuletzt geändert durch dritte Änderungsordnung vom 11.02.2020 (VBI Jg. 18, 2020, S. 49/ Nr. 12), längstens jedoch bis zum 31.03.2022. Ab dem Sommersemester 2021 können die Studierenden schriftlich und unwiderruflich beim Prüfungsausschuss die Anwendung der Anlagen 1 bis 4 dieser Prüfungsordnung beantragen.

§ 34

In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsanzeiger der Universität Duisburg-Essen – Amtliche Mitteilungen in Kraft. Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Angewandte Kognitions- und Medienwissenschaft vom 29. September 2014, (Verkündungsblatt Jg. 12, 2014 S. 1245 / Nr. 150), zuletzt geändert durch dritte Änderungsordnung vom 11.02.2020 (VBI Jg. 18, 2020, S. 49/ Nr. 12) außer Kraft; §°33 Abs. 2 bleibt unberührt.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät Ingenieurwissenschaften vom 03.04.2019.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule gegen diese Ordnung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Duisburg und Essen, den 24. November 2020

Für den Rektor
der Universität Duisburg-Essen
Der Kanzler
Jens Andreas Meinen

Anlage 1.1: Studienplan für die Vertiefungsrichtung Informatik ²

Modulbezeichnung	ECTS pro Modul	Fachsemester	Titel der Lehrveranstaltungen (LV) im Modul	Pflicht (P) / Wahlpflicht (WP)	Veranstaltungsart	SWS pro LV	Teilnahmevoraussetzung zur Prüfung	Prüfungsform
a) Wahlpflichtbereich "Grundlagen der Informatik": 12 Credits								
Wahlkatalog Grundlagen der Informatik	12	1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Grundlagen der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
		1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Grundlagen der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
b) Wahlpflichtbereich "Vertiefung der Informatik": 24 Credits								
Wahlkatalog Vertiefung der Informatik	24	1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
		1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
		1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
		1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
c) Wahlpflichtbereich "Psychologie": 24 Credits								
Angewandte Kognitionspsychologie 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Angewandte Kognitionspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Angewandte Kognitionspsychologie 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Angewandte Kognitionspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 3	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 1	6	1/2/3	Sozial- und Kommunikationspsychologie	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 2	6	1/2/3	Medienpsychologie	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich

Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 3	6	1/2/3	Empirische Aspekte der Mensch-Technologie-Interaktion	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Wirtschaftspsychologie 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Wirtschaftspsychologie 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Wirtschaftspsychologie 3	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
d) Wahlpflichtbereich "BWL": 10 Credits								
Wahlkatalog BWL	10	1/2/3	Vorlesungen mit insgesamt 10 Credits aus dem Wahlkatalog "BWL"	WP	VO	2	keine	Klausur
e) Pflichtbereich								
Forschungsprojekt 1	10	2	Forschungsprojekt	P	Projekt	8	keine	Ausarbeitung
Forschungsprojekt 2	10	3	Forschungsprojekt	P	Projekt	8	keine	Ausarbeitung
Masterarbeit	30	4	Masterarbeit (inkl. Masterkolloquium)	P	-	-	78 ECTS (inkl. beider Forschungsprojekte)	Masterarbeit

Der Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik" ist in unterschiedliche Bereiche eingeteilt. Studierende können einen Schwerpunkt in einem dieser Bereiche anstreben.

Dafür ist die Teilnahme an mindestens drei Veranstaltungen (mind. 18 Credits) aus diesem Bereich Voraussetzung.

Anlage 1.2: Studienverlaufsplan für die Vertiefungsrichtung Informatik

1. Semester	SWS	Cr	2. Semester	SWS	Cr	3. Semester	SWS	Cr	4. Semester	SWS	Cr
Grundlagen der Informatik	4	6	Forschungsprojekt	10	10	Forschungsprojekt	10	10	Masterarbeit (inkl. Masterkolloquium)		30
Grundlagen der Informatik	4	6									
Psychologie	2	6	Vertiefung der Informatik	4	6	Vertiefung der Informatik	4	6			
Psychologie	2	6	Vertiefung der Informatik	4	6	Vertiefung der Informatik	4	6			
BWL	2	5	Psychologie	2	6	Psychologie	2	6			
			BWL	2	5						
		29			33			28			30
Bereich Informatik			Bereich Psychologie			Bereich BWL					

Anlage 2.1: Studienplan für die Vertiefungsrichtung Psychologie³

Modulbezeichnung	ECTS pro Modul	Fachsemester	Titel der Lehrveranstaltungen (LV) im Modul	Pflicht (P) / Wahlpflicht (WP)	Veranstaltungsart	SWS pro LV	Teilnahmevoraussetzung zur Prüfung	Prüfungsform
a) Wahlpflichtbereich "Grundlagen der Informatik": 12 Credits								
Wahlkatalog Grundlagen der Informatik	12	1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Grundlagen der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
		1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Grundlagen der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
b) Wahlpflichtbereich "Vertiefung der Informatik": 12 Credits								
Wahlkatalog Vertiefung der Informatik	12	1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
		1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
c) Wahlpflichtbereich "Psychologie": 24 Credits								
Angewandte Kognitionspsychologie 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Angewandte Kognitionspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Angewandte Kognitionspsychologie 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Angewandte Kognitionspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 3	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 1	6	1/2/3	Sozial- und Kommunikationspsychologie	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 2	6	1/2/3	Medienpsychologie	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 3	6	1/2/3	Empirische Aspekte der Mensch-Technologie-Interaktion	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich

Wirtschaftspsychologie 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Wirtschaftspsychologie 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Wirtschaftspsychologie 3	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
d) Wahlpflichtbereich "BWL": 10 Credits								
Wahlkatalog BWL	10	1/2/3	Vorlesungen mit insgesamt 10 Credits aus dem Wahlkatalog "BWL"	WP	VO	2	keine	Klausur
e) Pflichtbereich								
Test- und Fragebogenkonstruktion	12	1/2/3	Test- und Fragebogenkonstruktion 1	P	Sem	4	keine	unterschiedlich (Modulprüfung)
			Test- und Fragebogenkonstruktion 2	P	Sem	4	<i>Teilnahmevoraussetzung zur Lehrveranstaltung: Test- und Fragebogenkonstruktion 1</i>	
Forschungsprojekt 1	10	2	Forschungsprojekt	P	Projekt	8	keine	Ausarbeitung
Forschungsprojekt 2	10	3	Forschungsprojekt	P	Projekt	8	keine	Ausarbeitung
Masterarbeit	30	4	Masterarbeit (inkl. Masterkolloquium)	P	-	-	78 ECTS (inkl. beider Forschungsprojekte)	Masterarbeit

Der Wahlpflichtbereich "Psychologie" ist in unterschiedliche Bereiche eingeteilt. Studierende können einen Schwerpunkt in einem dieser Bereiche anstreben.

Dafür ist die Teilnahme an mindestens drei Veranstaltungen (mindestens 18 Credits) aus diesem Bereich Voraussetzung.

Anlage 3.1: Studienplan für die Vertiefungsrichtung Social Media und Professionelle Kommunikation ⁴

Modulbezeichnung	ECTS pro Modul	Fachsemester	Titel der Lehrveranstaltungen (LV) im Modul	Pflicht (P) / Wahlpflicht (WP)	Veranstaltungsart	SWS pro LV	Teilnahmevoraussetzung zur Prüfung	Prüfungsform
a) Wahlpflichtbereich "Grundlagen der Informatik": 12 Credits								
Wahlkatalog Grundlagen der Informatik	12	1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Grundlagen der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
		1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Grundlagen der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
b) Wahlpflichtbereich "Vertiefung der Informatik": 6 Credits								
Wahlkatalog Vertiefung der Informatik	6	1/2/3	VO+ÜB aus dem Wahlkatalog "Vertiefung der Informatik"	WP	VO+ÜB	4	keine	Klausur oder mündlich
c) Wahlpflichtbereich "Psychologie": 18 Credits								
Angewandte Kognitionspsychologie 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Angewandte Kognitionspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Angewandte Kognitionspsychologie 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Angewandte Kognitionspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Medienbasierte Wissenskonstruktion 3	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Medienbasierte Wissenskonstruktion" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 1	6	1/2/3	Sozial- und Kommunikationspsychologie	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 2	6	1/2/3	Medienpsychologie	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Sozialpsychologische Aspekte von Kommunikation und Medien 3	6	1/2/3	Empirische Aspekte der Mensch-Technologie-Interaktion	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich

Wirtschaftspsychologie 1	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Wirtschaftspsychologie 2	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
Wirtschaftspsychologie 3	6	1/2/3	Seminar aus dem Bereich "Wirtschaftspsychologie" (wechselnde Themen)	WP	Sem	2	keine	unterschiedlich
d) Wahlpflichtbereich "BWL": 10 Credits								
Wahlkatalog BWL	10	1/2/3	Vorlesungen mit insgesamt 10 Credits aus dem Wahlkatalog "BWL"	WP	VO	2	keine	Klausur
e) Pflichtbereich								
Social Media: Management & Analytics	12	1/2/3	2 Seminare aus dem Bereich "Social Media: Management & Analytics"	P	Sem	4	keine	unterschiedlich
Social Media: Organizations & Institutions	12	1/2/3	2 Seminare aus dem Bereich "Organizations & Institutions"	P	Sem	4	keine	unterschiedlich
Forschungsprojekt 1	10	2	Forschungsprojekt	P	Projekt	8	keine	Ausarbeitung
Forschungsprojekt 2	10	3	Forschungsprojekt	P	Projekt	8	keine	Ausarbeitung
Masterarbeit	30	4	Masterarbeit (inkl. Masterkolloquium)	P	-	-	78 ECTS (inkl. beider Forschungsprojekte)	Masterarbeit

Anlage 3.2: Studienverlaufsplan für die Vertiefungsrichtung Social Media und Professionelle Kommunikation

1. Semester	SWS	Cr	2. Semester	SWS	Cr	3. Semester	SWS	Cr	4. Semester	SWS	Cr			
Social Media und Professionelle Kommunikation	2	6	Forschungsprojekt	10	10	Forschungsprojekt	10	10	Masterarbeit (inkl. Masterkolloquium)		30			
Psychologie	2	6												
Grundlagen der Informatik	4	6	Social Media und Professionelle Kommunikation	2	6	Social Media und Professionelle Kommunikation	2	6						
			Social Media und Professionelle Kommunikation	2	6	Psychologie	2	6						
BWL	2	5	Psychologie	2	6	Vertiefung der Informatik	4	6						
			BWL	2	5									
Bereich Social Media und Prof. Kommunikation		29	Bereich Psychologie		33	Bereich Informatik		28	Bereich BWL		30			

Anlage 4: Wahlpflichtbereich Grundlagen und Vertiefung der Informatik ⁵

Katalog	Schwerpunkt	Modul	Lehrveranstaltung/Prüfung	CP	V	Ü	P	S	Prüfungsart
Wahlpflichtkatalog "Grundlagen der Informatik"		Electronic Business	Electronic Business	5	2	2			Klausur
		Entwicklung sicherer Software	Entwicklung sicherer Software	6	3	1			Klausur oder Mündliche Prüfung
		Fortgeschrittene Programmieretechniken	Fortgeschrittene Programmieretechniken	6	2		2		Klausur
		Internet-Technologie und Web Engineering	Internet-Technologie und Web Engineering	5	2	2			Klausur
		Softwaretechnik	Softwaretechnik	6	4				Klausur oder Mündliche Prüfung
		Wissensbasierte Systeme	Wissensbasierte Systeme	6	3	1			Klausur oder Mündliche Prüfung
Wahlpflichtkatalog "Vertiefung der Informatik"	Bereich Graphische & Interaktive Systeme	Advanced Image Synthesis	Advanced Image Synthesis	6	3	1			Mündliche Prüfung
		Advanced Web Technologies	Advanced Web Technologies	6	2	2			Mündliche Prüfung + Referat + Projektergebnisse
		Computer Graphics	Computer Graphics	6	3	1			Mündliche Prüfung
		Computer/ Robot Vision	Computer/ Robot Vision	6	2	2			Klausur oder Mündliche Prüfung
		Digital Games Research	Digital Games Research	6	2	2			Klausur oder Mündliche Prüfung
		Interaktive Systeme	Interaktive Systeme	6	2	2			Klausur
		Scientific Visualization	Scientific Visualization	6	2	2			Mündliche Prüfung
	Bereich Informationssysteme & Lernanwendungen	Gestaltung interaktiver Lehr-/Lern-Systeme	Gestaltung interaktiver Lehr-/Lern-Systeme	6	3	1			Mündliche Prüfung
		Information Engineering	Information Engineering	6	3	1			Mündliche Prüfung
		Information Mining	Information Mining	6	3	1			Mündliche Prüfung
		Information Retrieval	Information Retrieval	6	3	1			Mündliche Prüfung
		Learning Analytics	Learning Analytics	6	2	2			Mündliche Prüfung + Projektarbeit
		Recommender Systeme	Recommender Systeme	6	3	1			Klausur
		Scientific Visualization	Scientific Visualization	6	2	2			Mündliche Prüfung
	Bereich Kognition & Künstliche Intelligenz	Cognitive Robot Systems	Cognitive Robot Systems	6	3			1	Klausur oder Mündliche Prüfung
		Computer/ Robot Vision	Computer/ Robot Vision	6	2	2			Klausur oder Mündliche Prüfung
		Interaktive Systeme	Interaktive Systeme	6	2	2			Klausur
		Natürlichsprachliche Mensch-Computer-Interaktion	Natürlichsprachliche Mensch-Computer-Interaktion	6	3	1			Klausur oder Mündliche Prüfung
		Neuroinformatik und Organic Computing	Neuroinformatik und Organic Computing	6	3	1			Klausur oder Mündliche Prüfung
		Recommender Systeme	Recommender Systeme	6	3	1			Klausur

Bereich Social Media und Entertaiment Systems	Cloud, Web & Mobile	Cloud, Web & Mobile	6	2	2		Klausur
	Digital Games Research	Digital Games Research	6	2	2		Klausur oder Mündliche Prüfung
	Game Architecture and Design	Game Architecture and Design	6	2	2		Mündliche Prüfung
	Gestaltung interaktiver Lehr-/Lern-Systeme	Gestaltung interaktiver Lehr-/Lern-Systeme	6	3	1		Mündliche Prüfung
	Information Mining	Information Mining	6	3	1		Mündliche Prüfung
	Natürlichsprachliche Mensch-Computer-Interaktion	Natürlichsprachliche Mensch-Computer-Interaktion	6	3	1		Klausur oder Mündliche Prüfung

¹ In § 33 Abs. 2 wird Satz 2 angefügt durch erste Änderungsordnung vom 10.03.2021 (Verkündungsanzeiger Jg. 19, 2021 S. 293 / Nr. 43), in Kraft getreten am 11.03.2021

² Anlage 1.1: Studienplan für die Vertiefungsrichtung Informatik wird geändert durch erste Änderungsordnung vom 10.03.2021 (Verkündungsanzeiger Jg. 19, 2021 S. 293 / Nr. 43), in Kraft getreten am 11.03.2021

³ Anlage 2.1: Studienplan für die Vertiefungsrichtung Psychologie wird geändert durch erste Änderungsordnung vom 10.03.2021 (Verkündungsanzeiger Jg. 19, 2021 S. 293 / Nr. 43), in Kraft getreten am 11.03.2021

⁴ Anlage 3.1: Studienplan für die Vertiefungsrichtung Social Media und Professionelle Kommunikation wird geändert durch erste Änderungsordnung vom 10.03.2021 (Verkündungsanzeiger Jg. 19, 2021 S. 293 / Nr. 43), in Kraft getreten am 11.03.2021

⁵ Anlage 4: Wahlpflichtbereich Grundlagen und Vertiefung der Informatik wird der „Wahlpflichtkatalog "Vertiefung der Informatik"“ geändert durch erste Änderungsordnung vom 10.03.2021 (Verkündungsanzeiger Jg. 19, 2021 S. 293 / Nr. 43), in Kraft getreten am 11.03.2021